Politologe: Papst soll zu „Weltforum der Religionen“ einladen

29. Mai 2017

Bonn (KNA) Der Bonner Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt wirbt dafür, dass Papst Franziskus die Anführer christlicher Kirchen, jüdischer Glaubensrichtungen und islamischer Schulen zu einem „Weltforum der Religionen“ einlädt.

Dieses solle jedwede Gewalt im Namen einer Religion als Gotteslästerung ächten, sagte der Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) am Mittwoch in Bonn. „Gibt es nicht im Raum der Religionen noch viel ungenutztes Potenzial, um inmitten der unvollendeten Globalisierung neue Wege zur Weltfähigkeit der Menschen zu zeigen?“, fragte Kühnhardt. Er äußerte sich bei einem Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb) zum Thema Demokratie und Globalisierung.

Nach den Worten des Wissenschaftlers steht die Welt durch eine unvollendet gebliebene Globalisierung vor einer ungewissen Zukunft. Flüchtlinge und Migranten seien nur die Vorboten dieser Entwicklung. Kühnhardt verwies auf das, was Franziskus Dritter Weltkrieg nenne. Seit dem Ende des Kalten Krieges hätten über 10 Millionen Menschen in mehr als 30 Bürgerkriegen ihr Leben verloren.

170.0000 Menschen seien Opfer von Terroranschlägen und 65 Millionen Menschen zu Flüchtlingen geworden. „In zu vielen Staaten besteht kein Gewaltmonopol“, kritisierte der Wissenschaftler. Die vielen Waffen auf der Welt seien günstige Voraussetzungen für die Bildung von Milizen aller Art. Eine gute Milliarde Menschen, die meist dem neuen Mittelstand im globalen Süden angehöre, sind laut Kühnhardt angesichts armer und fragiler Verhältnisse im Heimatland unsicher. „Gedanklich sitzen viele von ihnen auf gepackten Koffern.“ Schlepper hätten als erste begriffen, „dass diese Unsicherheit ein Geschäftsmodell ist“.

Die Unsicherheit finde im Norden ihr Echo in Form von Abstiegs- ängsten und wutbürgerlicher Kritik am angeblichen Versagen der Eliten. Das Geschäftsmodell für diese Situation seien sogenannte populistische Bewegungen und Parteien. Bei dem Kolloquium bedauerte die Vorsitzende des Bundesausschusses für politische Bildung (bap), Barbara Menke, dass die parlamentarische Demokratie in die Defensive und Krise geraten sei. Politische Bildung könne einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Dazu müsse sie aber Kooperationen mit Partnern wie Bürger- und Jugendinitiativen oder Migrantenorganisationen suchen.

(KNA – rkpmo-89-00192)

Stand: 27. November 2026